

Kommunale Kriminalprävention am Beispiel des Pilotprojektes Ravensburg/Weingarten

Michael Lopez-Diaz
Polizeidirektion Ravensburg

Vor dem Hintergrund der hohen Kriminalitätszahlen und der zunehmenden Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühls der Bürger ist festzustellen, daß die bisherigen repressiven und präventiven Strategien nicht ausgereicht haben, um nachhaltig der zunehmenden Kriminalität zu begegnen.

Repressive Maßnahmen, mögen sie noch so gravierend und einschneidend sein, können Kriminalität nicht verhindern. Durch Repression können darüber hinaus nur die Symptome gesellschaftlicher Defizite angegangen und nicht die ihnen zugrunde liegenden Ursachen beseitigt werden. Hinzu kommt, daß repressive Maßnahmen nicht greifen, wenn eine Straftat nicht angezeigt wird oder der Täter nicht ermittelt werden kann. Auch die bisherigen Bemühungen, Straftaten präventiv zu begegnen, zeigten nur in wenigen Einzelbereichen Erfolge.

Kommunale Kriminalprävention scheint hierzu ein Weg zu sein, auch wenn es sich hierbei nicht um ein Patentrezept generell handeln kann.

Vor dem Hintergrund der steigenden Kriminalität in den Jahren 1992 und 1993 hat das Innenministerium Baden-Württemberg 1993 das Pilotprojekt "Kommunale Kriminalprävention" in Calw, Freiburg, Ravensburg und Weingarten initiiert und am 02.12.1993 im Rahmen einer Landespressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt. Grundgedanke dieses für Baden-Württemberg neuen Präventionskonzeptes ist es, die Probleme der lokalen Sicherheit dort zu lösen, wo sie entstehen, nämlich in den Städten und Kommunen.

Polizeilichen Erkenntnissen zufolge verüben mehr als 70% aller Tatverdächtigen im eigenen Wohnort oder zumindest in dem Landkreis, in dem

sie wohnen, ihre Straftaten. Daher muß eine wirkungsvolle Prävention dort ansetzen, wo Kriminalität entsteht, begünstigt oder gefördert wird, also vor Ort, in den Städten und Gemeinden.

Da ein wesentlicher Teil der Entstehungsbedingungen gesellschaftlichen Ursprungs ist, ist grundsätzlich auch eine breite Palette gesellschaftlicher Einrichtungen und Kräfte angesprochen, wenn es darum geht, Kriminalität zu verhindern. Die Polizei alleine kann weder rechtlich noch tatsächlich eine allumfassende Kriminalprävention leisten.

Kerngedanke dieses aus polizeilicher Sicht erweiterten Präventionsansatzes ist, daß der höchste Repräsentant einer Kommune seine Amtsbefugnisse zur Bündelung zahlreicher gesellschaftlicher Kräfte einsetzt.

Der Kommunalverwaltung als originär zuständige Verwaltungsbehörde für Sicherheit und Ordnungsaufgaben (§§ 60, 62 PolGBW) kommt bei der Durchführung eines Projektes zur kommunalen Kriminalprävention besondere Bedeutung zu. Die Verhütung von Kriminalität sowie die Beseitigung deren Ursachen trägt dazu bei, das Sicherheitsgefühl und - damit verbunden - die Lebensqualität des einzelnen zu verbessern und dient somit dem gemeinsamen Wohl der Einwohner. Unter besonderer Berücksichtigung dieses Aspektes erscheint die Beteiligung der Kommunalverwaltung (§ 1 Gemeindeordnung Baden-Württemberg) an entsprechenden Projekten nahezu zwangsläufig. Kriminalprävention ist somit eindeutig eine kommunale Aufgabe.

Rolle der Polizei

Gemäß den Vorgaben des Innenministeriums Baden-Württemberg beteiligen sich die Polizeidirektionen am Projekt "Kommunale Kriminalprävention" durch eine fachliche Unterstützung der jeweiligen Kommunen.

Diese umfaßt insbesondere:

- Mitwirkung bei der Erstellung örtlicher Kriminalitätslagebilder,

- Beratung und Unterstützung der Projektverantwortlichen hinsichtlich der Entwicklung und Umsetzung von Vorbeugungsmaßnahmen,
- Zusammenarbeit mit den zuständigen Kriminologischen Lehrstühlen, der Fachhochschule für Polizei und dem Landeskriminalamt,
- Beratung und Unterstützung der Kommunen bei organisatorisch-technischen Problemen.

Dem Landeskriminalamt obliegt insbesondere:

- die ergänzende statistische Auswertung im Rahmen konkreter Projektmaßnahmen,
- die Unterstützung der Polizeidirektionen in der Planung und Durchführung von Vorbeugungsmaßnahmen,
- die Zusammenführung der bei den einzelnen Projekten gewonnenen Erkenntnisse und die Weitergabe an die beteiligten Stellen,
- die Fortschreibung des Handbuchs für "Kommunale Kriminalprävention",
- die Reservierung der zugewiesenen Haushaltsmittel (je beteiligte Gemeinde 7.500 DM).

Aufgrund des Fach- und Erfahrungswissens obliegt der Polizei eindeutig die impulsgebende Funktion. Wir haben Aktivierungsarbeit geleistet bis feste organisatorische Strukturen vorhanden waren und die ersten Arbeitsergebnisse und deren Umsetzung in kriminalpräventive Maßnahmen alle Skeptiker überzeugt haben. Also so lange, bis bei uns die Kommunale Kriminalprävention aufgrund der weiteren Initiative der beiden Städte zum Selbstläufer geworden ist.

Geduld und Hartnäckigkeit waren dabei gefragt. Aber unser Aufwand und Engagement hat sich in mehrfacher Hinsicht gelohnt.

Mit einem lokal orientierten und auf Kontinuität ausgerichteten dynamischen Ansatz für eine systematische Prävention, bei dem alle Kräfte ver-

netzt sind, und der höchste Repräsentant der Kommune die wichtige und entscheidende Bündelungs- und Integrationsfunktion ausübt, können langfristig

- präventable Delikte der Massen- und Straßenkriminalität reduziert,
- kriminalitätsfördernde bzw. -begünstigende Strukturen und Faktoren abgebaut,
- das Sicherheitsgefühl gestärkt und die Kriminalitätsfurcht verändert sowie
- potentielle Opfer positiv beeinflusst und damit der Anreiz zur Tatgelegenheit gesenkt werden.

Struktur des Mittleren Schussentales

Vorweg einige Strukturdaten für die Städte Ravensburg und Weingarten, die für das Verständnis unserer Präventionsstrategie wichtig sind:

Die großen Kreisstädte Ravensburg mit 47.000 Einwohnern und Weingarten mit 24.000 Einwohnern befinden sich im mittleren Schussental und bilden einen kriminalgeographischen Raum.

Beide Städte sind Schul-, Handels- und Einkaufsstädte und bilden die Metropole Oberschwabens.

- ca. 71.000 Einwohner, davon 9.000 Ausländer (= ca. 13%)
- rund 15.000 Schüler
- rund 4.500 Studenten
- 46.000 Arbeitsplätze, davon 23.000 auf den Dienstleistungssektor
- 700 Einzelhandelsgeschäfte
- rund 27.000 Einpendler, davon rund 5.500 zu den Schulen

Auf ca. 7% der Landkreisfläche wohnen rund 30% der Bevölkerung des Landkreises. 1995 wurden in diesem Raum über 45% der gesamten Kriminalität im Landkreis Ravensburg registriert. Die Kriminalitäts-häufigkeitszahl liegt bei 8.400 und ist damit vergleichbar mit den Städten Esslingen und Ludwigsburg. Der Anteil der Jungtäter liegt seit 1992 sehr hoch. 1995 betrug er 28,9%.

Seit April 1994 besteht der Arbeitskreis "Kommunale Kriminalprävention" Ravensburg/Weingarten.

Nahezu 1 Jahr hat es gedauert, bis es zu der konstituierenden Sitzung im Frühjahr 1994 kam. Dies lag in der Hauptsache daran, daß das Gespräch des Innenministeriums mit den Kommunalvertretern erst im Dezember 1993 stattfand. Obwohl beide Oberbürgermeister bereits schon im Mai 1993 ihre Bereitschaft zur Mitwirkung an der kommunalen Kriminalprävention signalisiert haben und dies auch im Juli 1993 dem Innenministerium mitteilten, wollten die Kommunen zunächst das Gespräch zur Klärung wichtiger Fragen, wie Umfang und Finanzierung des Projekts, abwarten. Aufgrund ständigen Drängens der Polizeidirektion Ravensburg und der Vorlage eines Arbeitspapiers über Ausgestaltung, Aufbau - und Ablauforganisation eines Arbeitskreises sowie zum Themenvorschlag "Jugendkriminalität" im Oktober 1993 fand am 11.11.1993 ein erstes Vorbereitungsgespräch statt.

In der Folge kam es zu zwei weiteren vorbereitenden Sitzungen im Januar und Februar 1994, in denen die Projektorganisation, die Abläufe und die wissenschaftliche Begleitung sowie das Thema "Jugendkriminalität" (Feinanalyse durch die Polizeidirektion) vorbereitet und abgestimmt wurden.

Für einige kommunale Beteiligte war es auch in der ersten Sitzung des Arbeitskreises schwierig, mit dem Begriff "Kommunale Kriminalprävention" richtig umzugehen. Immer wieder wurde insbesondere von den Vertretern der Stadt Weingarten versucht, in eine neue Grundsatzdiskussion zur kommunalen Kriminalprävention mit folgenden Fragestellungen einzusteigen:

- Wieso ist kommunale Kriminalprävention eine Aufgabe der Kommune?
- Will sich die Polizei aus der Prävention zurückziehen?
- Was kann an Kosten auf die Kommunen zukommen, die sich ohnehin in einer prekären Haushaltssituation befinden?

Die Polizeidirektion Ravensburg mußte deshalb immer wieder große Überzeugungsarbeit leisten, um beiden Städten klar zu machen, daß insbesondere die Primärprävention originäre Aufgabe der Kommune ist. Man sah schließlich ein, daß eine effektive und von der Bevölkerung akzeptierte Kriminalprävention nur dann erreicht werden kann, wenn die Federführung bei den Städten liegt. Es wurde auch die Auffassung akzeptiert, daß sich die Einbindung der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen, Verbände, Vereine und staatlicher sowie privater Institutionen in das Projekt leichter unter der Federführung der höchsten Repräsentanten der Städte bewerkstelligen lasse.

Die zwischen der Polizei und den Städten Ravensburg und Weingarten vorhandene gute Zusammenarbeit in allen Bereichen war für das Projekt förderlich und wirkte sich positiv aus.

Klein beginnen oder groß herauskommen?

Diese Frage wurde in den Vorbereitungsgesprächen schnell beantwortet. Es bestand Einigkeit, die Projektorganisation so klein als möglich zu halten, um funktionsfähig zu bleiben.

Aus heutiger Sicht war es richtig und sinnvoll, den Arbeitskreis als Entscheidungsgremium von vornherein personell zu beschränken und diesen zeitweise bedarfsorientiert durch Fachexperten zu erweitern. Nur so war eine effektive und effiziente Arbeit im Arbeitskreis möglich.

Zur Arbeit im Arbeitskreis ist festzustellen, daß von polizeilicher Seite oft Geduld aufgebracht werden mußte. Kommunale Kriminalprävention ist nicht Einsatzgeschehen, sondern Kommunalpolitik und folgt deshalb auch den Gesetzen der Kommunalpolitik. Deshalb wurden die Abläufe aus polizeilicher Sicht manchmal als sehr zäh empfunden, so z.B. das

Abwarten der Kommunalwahl 1994 bis zur Vorstellung des Projektes in den Medien und damit der Öffentlichkeit sowie das Abwarten der Oberbürgermeisterwahl in Ravensburg 1995 bis zur Veröffentlichung der Bevölkerungsbefragung.

Hinzu kam die Tatsache, daß Kriminalität und Sicherheit in den Kommunen nicht die dringendsten Probleme darstellen. Dies ergab sich auch aus einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung durch die Uni Konstanz, wonach für die Bürger in Ravensburg und Weingarten die Kriminalität nicht "das" sondern nur "ein" Problem unter vielen in ihrer Gemeinde ist. So trat auch gelegentlich die Arbeit im Arbeitskreis gegenüber den vordringlich zu lösenden kommunalen Aufgaben wie die Sanierung des Städtischen Krankenhauses Ravensburg oder die Verkehrsumgehung Ravensburg/Weingarten zurück.

Der Arbeitskreis hat 1994 zweimal, 1995 fünfmal und 1996 bisher viermal getagt.

Bei den Vorbereitungsgesprächen und den Sitzungen des Arbeitskreises war immer auch ein Vertreter der Uni Konstanz anwesend, der flankierend die Arbeit wissenschaftlich begleitet hat. Als etwas negativ hat sich die Verzögerung der Auswertung der Bevölkerungsbefragung dargestellt. Als sehr positiv muß die Wirkung in den beiden Rektorenkonferenzen gesehen werden. Neben Oberbürgermeister Vogler aus Ravensburg können die Vertreter der Uni Konstanz als "Türöffner" bezeichnet werden. Mit ihren Ausführungen konnten beispielsweise die Schulleiter von der Notwendigkeit ihrer Mitarbeit im Arbeitskreis "Kriminalprävention" und in den installierten Arbeitsgruppen überzeugt werden.

Der Arbeitskreis hat bisher auf der Grundlage der analytischen Auswertung der Kriminalstatistik durch die Polizeidirektion Ravensburg die Aktionsfelder "Ladendiebstahl", "Fahrraddiebstahl", "Drogenprävention" und "Jugend und Gewalt" aufgearbeitet und bereits mehrere kriminalpräventive Maßnahmen umgesetzt.

Im einzelnen sind dies:

1. Bekämpfung des Ladendiebstahls

- Die im April 1994 eingerichtete Arbeitsgruppe "Ladendiebstahl" hat ihren Abschlußbericht mit einer Vielzahl von Vorschlägen dem Arbeitskreis im Dezember 1994 vorgelegt.
- Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe wurden im Januar und Juli 1995 in den Rektorenkonferenzen der Schulen Ravensburg und Weingarten vorgestellt.
- In mehreren Gesprächen hat der Einzelhandel in beiden Städten seine grundsätzliche Bereitschaft zur Beteiligung und Durchführung von Maßnahmen erklärt.
- Mit der IHK Ravensburg/Weingarten wurde ein Ratgeber "Ladendiebstahl" erstellt, der inzwischen dem örtlichen Einzelhandel zugestellt ist. In diesem Ratgeber sind Abhandlungen über Täter und Motive, Methoden von Ladendieben, betriebliche Maßnahmen zur Ladendiebstahlsvermeidung, Verhaltensregeln beim Stellen eines Ladendiebes sowie allgemeine Tips zur Vermeidung von Diebstählen u.a. aufgeführt.
- Im November 1995 hat der Arbeitskreis "Kriminalprävention" beschlossen, die Ergebnisse Ladendiebstahl - soweit möglich und noch nicht geschehen - mit Nachdruck umzusetzen.
- Die Polizeidirektion Ravensburg hat inzwischen mehrere Schulungsveranstaltungen für Verkaufspersonal und Aufklärungsaktionen bei den örtlichen Einzelhandelsgeschäften durchgeführt.
- In der Rektorenkonferenz der städtischen Schulen im Dezember 1995 wurde die mögliche Umsetzung von Ergebnissen der Arbeitsgemeinschaft "Ladendiebstahl" erörtert und beschlossen, eine Bestandsaufnahme vorzunehmen. Des weiteren wurde das Medienpaket des Landeskriminalamts Baden-Württemberg "Herausforderung Gewalt" vorgestellt. Erfreulicherweise sagten die Schulleiter ihre Mitarbeit an Präventionsmaßnahmen für den Bereich

Ladendiebstahl zu. Sie anerkannten, daß auch die Schulen ihren Teil zur Verhinderung von Jugendkriminalität beitragen können (z.B. verbessertes Freizeitangebot, frühzeitige Konfliktaufklärungsmaßnahmen, verbesserte Schulsozialarbeit).

- In der Rektorenkonferenz im Januar 1996 wurden mögliche Präventionsmaßnahmen diskutiert. Gleichzeitig wurde den Schulleitern der Auftrag und die voraussichtliche Organisation der vorgesehenen Arbeitsgruppe "Jugend und Gewalt" mitgeteilt und sie um Mitarbeit gebeten. Diese wurde auch zugesagt.
- Die Polizeidirektion Ravensburg hat in mehreren Veranstaltungen bei Elternabenden die Problematik Ladendiebstahl und mögliche Präventionsmaßnahmen dargestellt.
- Themenbezogene Projektstage an den Schulen sind vorgesehen.

2. Bekämpfung des Fahrraddiebstahls

- Eine kleine Arbeitsgruppe unter der Leitung der Polizeidirektion Ravensburg hat im Januar 1995 Vorschläge für die Verhinderung von Fahrraddiebstählen unterbreitet, die auch weitgehend realisiert wurden.
- Beim Bau neuer Fahrradabstellplätze werden künftig verbesserte technische Sicherungsmöglichkeiten mitberücksichtigt.
- Ein in Nordrhein-Westfalen entwickeltes Fahrradcodiersystem zur effektiven Bekämpfung des Fahrraddiebstahls wurde durch die Polizeidirektion Ravensburg modifiziert und kreisweit eingeführt. Am oberen Ende des Sattelstützrohres wird auf der rechten Seite ein einheitlicher alphanumerischer Code eingraviert, welcher sofortige Rückschlüsse auf den rechtmäßigen Eigentümer zuläßt und somit schnelle Fahndungsansätze ermöglicht.
- Für den Bereich Ravensburg/Weingarten wurden aus polizeilichen Mitteln zwei Fahrradgraviergeräte beschafft. Die Kommunen Ra-

vensburg und Weingarten stellten ebenfalls je ein Graviergerät zur Verfügung. Mit diesen Geräten konnten zwischenzeitlich allein in den Städten Ravensburg und Weingarten über 3.000 Fahrräder graviert werden; auf Landkreisebene nahezu 6.000.

- Durch **intensive Medienarbeit** wurde das Fahrradcodiersystem einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt und das Interesse in der Bevölkerung geweckt.
- Die Resonanz in der Bevölkerung ist äußerst positiv. Die Wartezeiten werden inzwischen genutzt, die Bürger für die verschiedensten Sicherheitsbelange (Straßenverkehr, Wohnungssicherung, Nachbarschaftshilfe u.a.) zu sensibilisieren.
- Zur personellen Entlastung versucht die Polizeidirektion Ravensburg derzeit, den Fahrradhandel mit in die Gravuraktionen einzubeziehen. Ziel ist, daß Neufahräder bereits durch den Handel graviert werden.

3. Drogenprävention

- Seit 1991 besteht auf Landkreisebene der Arbeitskreis "Sucht" (Polizei ist Mitglied).
- Im April 1995 hat die Stadt Weingarten eine Arbeitsgruppe "Drogen" eingerichtet (Ausgangspunkt war eine offene Szene auf dem Löwenplatz), auch hier ist die Polizei Mitglied.
- Die Arbeitsgruppe "Drogen" in Weingarten unter das Dach des Arbeitskreises "Kommunalprävention" zu integrieren, ist bisher nicht gelungen. Wegen Empfindlichkeiten des Landkreises wurde davon Abstand genommen.
- Trotzdem konnten die verschiedenen tätigen Institutionen zu einem gemeinsamen Handeln gebracht werden.

So entstand eine vom Landkreis, den Kommunen, den Beratungsstellen und der Polizei gemeinsam getragene Konzeption zur Drogenprävention:

- niederschwellige Drogenentzugsstation in Mariatal/Weißenau seit April 1995,
- zwei Streetworker mit Schwerpunkt Schussental und Bodenseekreis seit Herbst 1995,
- Einrichtung eines Kontakttreffs für Drogenabhängige im Stadtzentrum von Ravensburg im Juni 1996; Trägerschaft ist die Suchthilfe GmbH. Die Anregungen der Polizei wurden voll berücksichtigt.

4. Jugend und Gewalt

Im Januar 1996 wurde die Arbeitsgruppe "Jugend und Gewalt" unter der Leitung des Leiters des Schulamtes Ravensburg eingerichtet. Das Ergebnis wird bis Ende des Jahres 1996 erwartet. Die Arbeitsgruppe wird auch eine Befragung von Schülern und Lehrern vornehmen, um hiermit Erkenntnisse über die tatsächliche Gewalt unter den Jugendlichen zu erhalten.

5. Sonstiges

- Filmspot/Kinospot:
Der Kinospot mit dem Thema "Wertewandel - Jugend - Kriminalität" wurde inzwischen fertiggestellt. Im Rahmen einer Pressekonferenz am 20. Mai 1996 wurde er der Öffentlichkeit vorgestellt (Finanzierung 2:1 Ravensburg zu Weingarten; die Polizei konnte sich wegen des Verbots der Mischfinanzierung nicht beteiligen).
- Selbstbehauptungskurse für Frauen gegenüber sexueller Gewalt.

Probleme

Die Bedeutung der vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung muß sich auch in der **Personalstärkeberechnung** innerhalb der Polizei niederschlagen. Andernfalls können angedachte Lösungen nicht umgesetzt werden. Die Polizeidirektion Ravensburg ist neben den Städten Ravens-

burg und Weingarten gleichberechtigter Partner am Projekt. Da zwischenzeitlich anerkannt ist, daß die Federführung nicht die Polizei, sondern die Kommunen selbst haben sollen, erstreckt sich die Arbeit der Polizeidirektion auf Beratung und Unterstützung, insbesondere auf Zulieferung, Aufbereitung und Analyse von Daten zur Kriminalität in beiden Städten. Der Aufwand hierfür ist erheblich. Auch die beratende (und erforderliche) Mitwirkung der Polizei an den Sitzungen aller Gremien und Arbeitsgruppen erfordert einen hohen Zeitaufwand. Insgesamt muß die Polizeidirektion Ravensburg jährlich mindestens ein Mannjahr für die Mitwirkung am Projekt einsetzen.

Die Finanzierung einzelner kriminalpräventiver Maßnahmen im Rahmen des Projektes ist noch nicht gesichert. Die bislang bereitgestellten Mittel standen jedes Jahr unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit im Rahmen der Einsparungsverpflichtungen. Nach Eintritt der allgemeinen Haushaltssperren mußten Maßnahmen zurückgestellt werden oder von den laufenden Mitteln der Polizeidirektion abgedeckt werden. Laufende Personal- und Sachkosten wurden bislang von den Beteiligten selbst getragen.

Die für das Projekt veranschlagten Haushaltsmittel in Höhe von 7.500 DM pro beteiligte Gemeinde sind nur für Maßnahmen der Polizeidirektion verwendbar. Eine Mischfinanzierung ist nicht möglich. Konkret hat sich dies bei der Realisierung des Filmspots erwiesen. Während sich beide Städte finanziell beteiligten, mußte sich die Polizei ausklinken, obwohl 15.000 DM für polizeiliche Maßnahmen nahezu unberührt bereitstanden. Dies ist für das gesteckte Ziel "Gemeinsam für mehr Sicherheit" nicht förderlich. Die Zweckgebundenheit der nur für polizeiliche Maßnahmen bereitgestellten Mittel zeigt sich als hemmend. Sie ist für uns nicht nachvollziehbar. Wenn schon die Polizei gleichberechtigter Partner im Projekt ist, so sollte in Einzelfällen auch für gemeinsame Maßnahmen eine Mischfinanzierung möglich sein.

Von März bis Mitte Mai 1995 stagnierte der Projektverlauf teilweise. Gründe hierfür waren nicht nur die Verzögerung der schon für das Frühjahr avisierten wissenschaftlichen Ergebnisse der Bevölkerungsumfrage, sondern vor allem auch die vordringlich zu lösenden kommu-

nen Probleme und Aufgaben der Stadt Ravensburg im Zusammenhang mit der Umgehung der B 30 und dem Ausbau des Städtischen Krankenhauses.

Aus unserer Sicht ist deshalb der Organisationsablauf manchmal als etwas zäh empfunden worden. Nicht zuletzt liegt die Ursache aber auch darin, daß für die Projektbeteiligten die Mehrarbeit im Arbeitskreis eine zusätzliche erhebliche Arbeitsbelastung darstellt.

Zudem ist festzustellen, daß beim Umgang mit und bei der Umsetzung von Kommunalen Kriminalprävention insbesondere von polizeilicher Seite Geduld aufgebracht werden muß. Kommunale Kriminalprävention ist eben nicht Einsatzgeschehen, sondern Kommunalpolitik und folgt deshalb auch deren Gesetzen.

Resümee

- Aller Anfang ist schwer: Anfängliche Bedenken der Kommunen mußten ausgeräumt werden.
- "Kommunale Kriminalprävention" - ein Begriff, mit dem keiner etwas anfangen konnte.
- Die Polizeidirektion Ravensburg mußte anfangs überzeugende Aktivierungsenergie leisten.
- Geduld und Hartnäckigkeit sind gefragt.
- Der Oberbürgermeister übt die wichtige Integrations- und Bündlungsfunktion aus.
- Kommunale Kriminalprävention ist nicht polizeiliches Einsatzgeschehen, sondern Kommunalpolitik (die Uhren gehen anders).
- Vieles wird schon gemacht, es wird nur nicht koordiniert.
- Klein beginnen oder groß herauskommen.
- Das Sicherheitsgefühl kann langfristig gestärkt werden.

- Die Polizei ist kompetenter und gleichberechtigter Partner und bringt ihr Fach- und Erfahrungswissen ein.
- Die personellen und materiellen Ressourcen sind unzureichend.
- Die wissenschaftliche Begleitung von Anfang an war nicht nur hilfreich, sondern notwendig.
- Die Koordinierung und Unterstützung durch das Landeskriminalamt ist wichtig und sinnvoll.

Abschließend kann ich feststellen, daß die bisherigen Erfahrungen erkennen lassen, daß der lokal orientierte gesamtgesellschaftliche Ansatz zur Kriminalprävention richtig war und ist. Die Kommunale Kriminalprävention hat sich im Schussental in den Städten Ravensburg und Weingarten bereits zum Selbstläufer entwickelt.

Kommunale Kriminalprävention - Pilotprojekt Ravensburg/Weingarten Zeitlicher Ablauf

1993

- | | |
|----------|--|
| Mai | Vorstellung des Pilotprojektes an den Polizeidirektionsleiter im Innenministerium Baden-Württemberg - Landespolizeipräsidium. |
| Mai/Juni | Information / Überzeugungsarbeit / Motivationsgespräche durch den Polizeidirektion - Leiter nach außen und innen. |
| Juli | Städte Ravensburg und Weingarten erklären schriftlich dem Innenministerium ihre Teilnahme am Projekt. |
| August | Landeskriminalamt übersendet Info-Paket an Kommunen und Polizeidirektionen. |
| Oktober | Arbeitspapier der Polizeidirektion an beide Oberbürgermeister mit Vorschlägen zur Organisation und Vorgehensweise. |
| November | 1. Vorbereitungsgespräch bei der Stadt Ravensburg; Polizeidirektion legt Kriminalitätsanalyse vor; Abwarten des Ministergesprächs. |
| Dezember | Gespräch des Innenministers mit den Oberbürgermeistern der Projektstädte und anschließender Landespressekonferenz. |

1994

- | | |
|------------|---|
| Januar | 2. Vorbereitungsgespräch mit Festlegung des Themas "Jugendkriminalität". |
| Februar | 3. Vorbereitungsgespräch mit Beschluß zur Projektorganisation; Übergang in feste Strukturen "Arbeitskreis Kriminalprävention". |
| April | 1. Sitzung des Arbeitskreises: u.a. Vorbereitung der Bevölkerungsbefragung und Planung der ersten Arbeitsgruppe "Ladendiebstahl". |
| Juni | 2. Sitzung des Arbeitskreises: Festlegung der endgültigen Organisation und Formulierung des Auftrages für die Arbeitsgruppe "Ladendiebstahl". |
| Juni-Sept. | Schriftliche Bevölkerungsbefragung zu Opfererfahrungen, Kriminalitätsfurcht und Vorstellungen zur Prävention von Kriminalität (Versand von 3.600 Fragebogen). |
| Juli-Nov. | Expertenbefragung innerhalb der Polizei (160 Fragebogen). |

- Juli 1. Pressekonferenz des Arbeitskreises (Verzögerung wegen Kommunalwahl).
- Sept.-Nov. Durchführung einer Studie über Notrufgeschehen und Funkstreifenwageneinsätze.
- Dezember Arbeitsgruppe "Ladendiebstahl" legt Abschlußbericht dem Arbeitskreis vor.

1995

- Januar 3. Sitzung des Arbeitskreises: Erörterung der Ergebnisse der Arbeitsgruppe "Ladendiebstahl", Einrichtung einer Arbeitsgruppe "Fahrraddiebstahl", erste Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung.
- März 4. Sitzung des Arbeitskreises: Uni Konstanz stellt Ergebnis der Bevölkerungsbefragung vor; Kriminalitätsanalyse 1994; Erörterung eines Handlungskonzeptes "Ladendiebstahl".
- April Erörterung der Zwischenbilanz beim Innenministerium Baden-Württemberg - Landespolizeipräsidium - mit den Polizeidirektionsleitern.
- Juni Endgültige Vorlage des Ergebnisses der Bevölkerungsbefragung.
- Juli 5. Sitzung des Arbeitskreises: Vorstellung Landeskriminalamt-Mappe "Herausforderung Gewalt" und Erörterung der Einrichtung einer entsprechenden Arbeitsgruppe.
- Juli 6. Sitzung des Arbeitskreises mit LPP Hetger und anschließender Pressekonferenz.
- Oktober Sicherheitskonferenz Innenminister Birzele.
- November 7. Sitzung des Arbeitskreises mit Beschluß zur Einrichtung einer AG "Jugend und Gewalt"; Diskussion bezüglich Erstellung eines Kinospots; Diskussion der Ausweitung der bestehenden AG "Drogen" Weingarten (seit März 1995)
- Dezember Rektorenkonferenz zum Thema Ladendiebstahl.

1996

- Januar Rektorenkonferenz zum Thema "Ladendiebstahl" und "Jugend und Gewalt".
- Februar 8. Sitzung des Arbeitskreises: Organisation und Auftrag für die Arbeitsgruppe "Jugend und Gewalt", Diskussion des Berichts zur Umsetzung der Vorschläge der AG "Ladendiebstahl".

- März 9. Sitzung des Arbeitskreises: Erörterung der Kriminalstatistik 1995; Diskussion des Bochumer Modells "Ladendiebstahl" (beschleunigtes Verfahren); Fragebogenaktion zur Gewalt an den Schulen.
- Mai Pressekonferenz mit Darstellung der Arbeit im Arbeitskreis Kriminalprävention und Vorstellung des Kinospots "Wertewandel - Jugend - Kriminalität".
- Juni 10. Sitzung des Arbeitskreises.